

Einleitung

Norbert Sievers, Birgit Mandel, Tobias J. Knoblich

Ein halbes Jahrhundert lang hat die Kulturpolitische Gesellschaft den kulturpolitischen Reformdiskurs in Westdeutschland und dann auch im vereinten Deutschland inspiriert und geprägt. Als Anwältin der Neuen Kulturpolitik war ihr zunächst daran gelegen, in der Auseinandersetzung mit der alten westdeutschen Kulturpolitik der 1950er und 1960er Jahre das »Neue« zu begründen und zu programmieren. Im Fokus standen die Öffnung des Kunst- und Kulturverständnisses und die Idee kultureller Teilhabe und Demokratie. Dieses Engagement fand in einem zeithistorischen Kontext statt, der markiert ist durch die Verbandsgründung im Jahr 1976 und damit durch ein ganz besonderes Jahrzehnt. Die 1970er Jahre gelten in den Gesellschaftswissenschaften als eine Zeit, in der der Wechsel von der Industriemoderne zur Spätmoderne in den nachindustriellen Gesellschaften (vor allem des Globalen Nordens) stattfand und reflektiert wurde. Die Neue Kulturpolitik hat viele Aspekte dieser Entwicklung aufgenommen und kann deshalb durchaus als spät- oder postmodern bezeichnet werden, und zwar nicht nur mit Blick auf ihre Inhalte und Ziele, sondern auch hinsichtlich ihrer Haltungen und Herangehensweisen. Wer verstehen will, wie die Kulturpolitische Gesellschaft inhaltlich zu verorten ist, wie es also um ihre programmatische Identität bestellt ist, muss diesen historischen Kontext, die kulturellen Veränderungen und den »cultural turn« verstehen, in den diese eingebettet waren.

Das 50-jährige Verbandsjubiläum ist ein hervorragender Anlass, um zentrale Diskurse der Kulturpolitischen Gesellschaft im Kontext der jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen zu reflektieren. Aktuell befindet sich die Gesellschaft in einer Zäsur, weil das Fenster der Spätmoderne sich zu schließen beginnt. Dies ist bereits durch den Begriff der »Zeitenwende« (Olaf Scholz) prominent markiert worden. Wir meinen damit als Ausgangsthese für dieses Buch aber nicht nur die neue Präsenz des Krieges in Europa, sondern einen Epochenbruch, in dem viele Errungenschaften, die als selbstverständlich galten, wie Frieden, Wohlstand, Selbstbestimmung, Rationalität und sogar die Demokratie, ernsthaft gefährdet sind. Davon ist auch die Kulturpolitik betroffen, und die Veränderungen haben natürlich auch Auswirkungen auf das Selbstverständnis und das zukünftige Programm der Kulturpolitischen Gesellschaft, wenn es zeitaktuell bleiben und auf Resonanz stoßen soll.

Auch vor dem Hintergrund dieser Zäsur möchte die vorliegende Publikation im zeit-historischen Rückblick die verschiedenen Diskurse seit Gründung der Kulturpolitischen Gesellschaft anhand der Veröffentlichungen in den Kulturpolitischen Mitteilungen, den Jahrbüchern, den Tagungsdokumentationen und den verschiedenen Grundsatzprogrammen reflektieren. In fünf Kapiteln werden die Themen behandelt, die in den jeweiligen Dekaden für die Kulturpolitische Gesellschaft eine besondere Rolle gespielt haben. Auf diese Weise entsteht eine »Erzählung« zur Diskursgeschichte der KuPoGe, die die programmatische Identität im Wechsel der Jahrzehnte und der jeweiligen Prioritäten offenlegt. Bei der Auswahl der Themen und Autor*innen wurden die zahlreichen Publikationen der Kulturpolitischen Gesellschaft zurate gezogen und auf die Zeitgenossenschaft der Schreibenden geachtet. Die einzelnen Kapitel sind jeweils mit einer Einführung versehen, um den diskursiven Dekadenkontext zu beschreiben. Das Jahrbuch endet in der Jetztzeit ohne Resümee und Ausblick und lässt damit bewusst viele Fragen offen. Angesichts der gegenwärtigen Krisen und Herausforderungen wäre es vermessen gewesen, darauf Antworten geben zu wollen.

Zu den Kapiteln

Historische Entwicklungen lassen sich in Phasen aufteilen und beschreiben. Aber dies bedeutet nicht, dass sie zeitlich exakt abgrenzbar wären. Dies gilt auch für die KuPoGe-Diskursgeschichte. So gibt es periodenübergreifende Themen und thematische Überlappungen aus den vorangegangenen Jahrzehnten und in die kommenden hinein. Dennoch können in der Regel dekadentypische Besonderheiten und Schwerpunkte festgestellt werden, die nicht zufällig waren, sondern ihre je spezifischen zeithistorischen Hintergründe hatten. Dies ist der »Stoff«, aus dem eine Geschichte erzählt werden kann. Sicherlich handelt es sich dabei um eine Konstruktion oder besser Interpretation, die den subjektiven Blick auf die Geschichte nicht leugnen kann und will. Ob sie stimmig ist, werden diejenigen Leser*innen, die diese Zeit erlebt haben, zu beurteilen wissen.

Der Diskurs der letzten 50 Jahre kann wie folgt skizziert werden.

Kapitel 1: Neue Kulturpolitik

Das erste Jahrzehnt von 1976 bis 1985 war geprägt durch die sozialen und kulturellen Reformbewegungen in dieser Zeit. Die von Gerhard Schulze so bezeichnete »utopische Phase« der Kulturpolitik hinterließ auch ihre Spuren im KuPoGe-Diskurs. Der »erweiterte Kulturbegriff« hatte ein enormes Spektrum an Themen auf die Agenda gesetzt, das es erst einmal zu ordnen galt. Das Thema »Frieden« stand dabei ebenso zur Debatte wie die »Zukunft der Arbeit«. Der Falklandkrieg und die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit waren die gesellschaftlichen Anlässe dafür. Identitätsprägender war vor allem die klare Bezugnahme auf die Inklusionsoption »Kultur für alle und von allen« und auf den damals diagnostizierten Wertewandel in der Gesellschaft in Richtung Authentizität, Subjektivität, Emanzipation, Selbstbestimmung und Autonomie, den Ronald Inglehart (1977) als »silent revolution« und Andreas Reckwitz (2017) als »postromantische Authentizitätsrevolution« bezeichneten. Hilmar Hoffmann und Hermann Glaser, Gründungsmitglieder

der KuPoGe, wurden zu theoretischen Vordenkern des Diskurses um kulturelle Teilhabe und praktischen Umsetzern verschiedener Ansätze in der kommunalen Kulturpolitik. Vor allem in den Debatten zur »Kulturpädagogik« spielten der »subjektive Faktor«, die Aufwertung des »Selbst« und die Selbstermächtigung durch Kunst und Kultur eine große Rolle.

Die »utopische Phase« wäre jedoch falsch verstanden, wenn man damit nur Kulturbegriffsdiskussionen und die Proklamierung postmoderner Werte assoziieren würde. Die Neue Kulturpolitik und namentlich der KuPoGe-Diskurs hatten auch schon damals einen realpolitischen und umsetzungsorientierten Zug. So war der »subjektive Faktor« nicht nur eine theoretische Kategorie, sondern der erste Schritt zur Adressatenorientierung, die später in der Kulturvermittlung eine immer größere Rolle spielen sollte. Und das »Lernen zwischen Sinn und Sinnlichkeit« sowie das »Selbst-Lernen«, für das sich die Kulturpädagogik starkmachte, hat die kulturelle Bildung bis heute nachhaltig beeinflusst.

Viele Ideen und konzeptionellen Keime, die in dieser Zeit vorgedacht und diskutiert wurden, sind oft erst viel später praxisrelevant geworden. Beispielhaft ist dafür etwa die Kulturentwicklungsplanung. Wurde sie damals, als die KuPoGe sie fachöffentlich diskutierte, noch belächelt oder gar als Gefahr für die Kunstfreiheit dargestellt, ist die KEP heute ein Ausweis für eine transparente, zukunftsorientierte Kulturverwaltung. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die frühe Berufsfeldorientierung der (oft arbeitslosen) Kulturakteure, die sich aufgrund der damals herrschenden Akademikerarbeitslosigkeit nach Alternativen umsehen mussten. Es ging eben nicht nur um schöne Projekte und kulturelle Weltverbesserung – obwohl auch das und zu Recht eine Rolle spielte –, sondern um »aktive Professionalisierung« und neue Jobs, und zwar durchaus erfolgreich.

Kapitel 2: Das neue Interesse an der Kultur

War die erste Phase des KuPoGe-Diskurses noch geprägt durch den Zauber des Anfangs und die Markierung verschiedener Themen im großen Feld des erweiterten Kulturbegriffs im Sinne einer programmatischen Suchbewegung, begann die zweite Dekade (1986 – 1995) mit einer ersten Grundsatzdiskussion, die einen nachhaltigen Diskussionsprozess einleitete. Hintergrund war ein enormer Bedeutungsgewinn des Kulturellen in Wirtschaft und Politik. Das »neue Interesse« an der Kultur schlug auch in der Kulturpolitischen Gesellschaft auf und wurde als Chance und als Gefahr gesehen. Eine Chance sah man in der aufkommenden »Kulturgesellschaft«, weil diese nicht nur ein Diskursphänomen war, sondern durch einen feststellbaren »Kulturboom« und überproportionale Wachstumsraten in den kommunalen Kulturetats auch eine empirische Evidenz hatte. Die Umsetzung vieler reformpolitischer Ideen schien in greifbarer Nähe zu sein. Risikobehafteter war diese Entwicklung aus Sicht zeitgenössischer Kritiker*innen in der KuPoGe deshalb, weil die Kultur vor allem als Wirtschafts- und Standortfaktor starkgemacht wurde. Der Instrumentalisierungsverdacht lag nahe und wurde nicht nur von den Protagonisten der Neuen Kulturpolitik ins Feld geführt, die Kultur vor allem als das »Humanum« in der Gesellschaft fördern wollten. Die postmoderne Beliebigkeit des neu erweiterten Kulturbegriffs war ihnen suspekt. Gegenüber einer Kultur, die als

Modernisierungsfaktor gehandelt wurde, gab es Bedenken. Selbst die Lebensstildebatte, die einmal mehr gezeigt hatte, dass Kultur und Kulturpolitik in der Spätmoderne angekommen waren und als »Lebensmittel« relevant wurden, war umstritten, zumal schon damals gegangewöhnt wurde, dass die »neuen Freunde der Kultur« auch neoliberale Absichten hatten.

Die inhaltlich anspruchsvollen Debatten, die in der ersten Halbddekade im KuPoGe-Kontext stattfanden, haben die Programmdiskussion im Verband nachhaltig geprägt und mündeten schließlich im ersten neuen Grundsatzprogramm von 1998. Sie waren insofern prägend für das zweite Jahrzehnt der Kulturpolitischen Gesellschaft, obwohl deren Diskurs mit der »friedlichen Revolution« im Jahr 1989 jäh unterbrochen wurde. Plötzlich standen andere Themen auf der Tagesordnung, die Priorität hatten. Vor allem ging es darum, die Ideen der Neuen Kulturpolitik in den neuen Ländern vorzustellen und den Transformationsprozess in den kommunalen Kulturverwaltungen und auf Länderebene diskursiv zu begleiten. Dies war sehr konkret und ist ein Ausweis für eine eher pragmatische »postutopische Phase« (Gerhard Schulze), die sich bereits Mitte der 1980er Jahre abzuzeichnen begann und dann für die 1990er Jahre und darüber hinaus kennzeichnend werden sollte. Trotzdem gab es in den einigungsbedingten Transformationsdebatten von Beginn an einen bemerkenswerten Metadiskurs, der einerseits die Bedeutung der Kultur im Einigungsprozess reflektierte und andererseits die Fragen und Chancen der Vereinigung für die Weiterentwicklung des dezentralen und föderalen Systems der Kulturpolitik in Deutschland in den Blick nahm, die dann vor allem Ende der 1990er Jahre ihre Wirkung entfalteten. Der Reformdiskurs war damit umso mehr in der Realpolitik angekommen.

Viele weitere Themen wurden in der zweiten KuPoGe-Dekade diskutiert, die über diese Zeit hinaus von Bedeutung waren. Dazu gehören die Europäische Kulturpolitik, die Kulturarbeit außerhalb der Metropolen, die Qualifizierung der kulturellen Akteure und vor allem die Kulturverwaltungsreform, die in der dritten Dekade noch diskursprägender werden sollte. Ferner liegt der Beginn der interkulturellen Debatte in dieser Zeit. Nachdem dieser »blinde Fleck« in der deutschen Kulturpolitik erst einmal identifiziert und skandalisiert worden war, sollte dieses Thema die Diskurs-Agenda der KuPoGe bis heute nicht mehr verlassen.

Kapitel 3: New Public Management

Ähnlich wie der Übergang von der ersten zur zweiten KuPoGe-Dekade Mitte der 1980er Jahre gab es auch zehn Jahre später eine erkennbare Zäsur im KuPoGe-Diskurs, aber auch in der allgemeinen kulturpolitischen Debatte insgesamt. Die »pragmatische Phase« und eine gewisse Erschöpfung des utopischen Potenzials, die bereits für die 1980er Jahre diagnostiziert worden war und die sich mit der »Wende« fortsetzte, erlebten in dieser Zeit einerseits eine Konkretisierung, aber auch ihre Überwindung. Die kulturpolitischen Debatten wurden bereits Ende der 1990er Jahre wieder deutlich grundsätzlicher.

Konkreter und qualifizierter wurde der KuPoGe-Diskurs, weil er sich sehr stark auf Debatten zur Kulturverwaltungsreform bezog, die in vielen Tagungen und Publikationen proklamiert wurde. Schon mit den Stichwörtern »Unternehmen Kultur« und »Produkt Kultur« wurde annonciert, um welche Botschaft es gehen sollte: mehr Effizienz und

größere Effektivität durch mehr Steuerung, aber auch mehr dezentrale Ressourcenverantwortung sowie mehr Offenheit und Kooperationsbereitschaft gegenüber der Kreativwirtschaft. Von »Verantwortungspartnerschaft« war in diesem Zusammenhang die Rede. Ihre verwaltungswissenschaftliche und politiktheoretische Begründung fand diese auf Entstaatlichung und Outsourcing setzende Strategie in den Ideen des »New Public Managements« und des »aktivierenden Staates«, die vor allem in der Sozial- und Beschäftigungspolitik (Stichworte: Hartz IV, Agenda 2010) bereits umgesetzt worden war. Im Nachhinein wird diesen Theorien deshalb auch nachgesagt, eine neoliberale Färbung zu haben. In der Kulturpolitik hatte sie jedoch auch ihre positive Wirkung, weil sie die zivilgesellschaftlichen Akteure gestärkt hat, sei es in Form selbstverwalteter Fonds oder in der Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements. Auch eine neue »Kunden«- und Adressatenorientierung wurde in dieser Zeit gefordert und auf dem Publikumskongress (2005) prominent diskutiert. Das Kulturmanagement gewann an Bedeutung und schlug einen Strategiewechsel von der Angebots- zur Nachfrageorientierung vor. Mit Blick auf die Meta-Erzählung dieses Buches kann gesagt werden, dass diese Entwicklung zumindest in dem Sinne spätmodern war, als sie den Ideen der Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbstbehauptung noch mehr Raum gegeben hat.

Die dritte Dekade (1996 – 2005) war auch insofern mit einer Veränderung verbunden, als es jetzt wieder sehr stark um grundsätzliche Fragen ging, sei es mit Blick auf das trisektorale Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, sei es hinsichtlich der Ausgestaltung des öffentlichen Kulturauftrags (auch: Kulturpflicht-Debatte) oder etwa der Diskussion der föderalen Verantwortungsteilung. Auch gesellschaftspolitische Fragen standen wieder auf der Tagesordnung, wie etwa der Umwelt- und Klimaschutz und die interkulturelle Verständigung, die bereits Anfang der 1990er Jahre Fahrt aufgenommen hatte. Damit löste sich der KuPoGe-Diskurs wieder ein wenig aus dem engeführten Modernisierungsdiskurs der zweiten Dekade und schärfte den Blick für Themen, die die gesellschaftspolitischen Transformationsdebatten der nächsten Jahrzehnte bestimmen sollten. Ein wichtiger Grund dafür waren zweifellos die neuen Formate wie das Jahrbuch für Kulturpolitik und der Kulturpolitische Bundeskongress, die mit der im Jahr 2000 einsetzenden Förderung des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft möglich wurden. Der alle zwei Jahre stattfindende Kulturpolitische Bundeskongress und die zunächst jährlich erscheinenden Jahrbücher für Kulturpolitik waren von Beginn an darauf angelegt, übergreifende und grundsätzliche Themen zur Diskussion zu stellen, und boten dafür einen guten Rahmen.

Kapitel 4: Konzeptbasierte Kulturpolitik

Die vierte Dekade des KuPoGe-Diskurses (2006 – 2015) steht einerseits in den thematischen Fußstapfen, die das vorangegangene Jahrzehnt hinterlassen hatte. Dabei ging es um die Frage, wie Kulturpolitik im vereinten Deutschland und in Europa institutionell und programmatisch aufzustellen sei. Dies fand in der zweiten Hälfte der Nullerjahre seine Fortsetzung. Der Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland« (2007) hatte die Idee des »aktivierenden Staates« prominent aufgenommen und konnte dabei auf viele diskursive Anstöße der Kulturpolitischen Gesellschaft zurückgreifen. Auf dieser Grundlage begann eine Phase der Diskussion und

Ausformulierung kulturpolitischer Weichenstellungen und Konzepte, an der auch die KuPoGe aktiv beteiligt war. Es ging dabei einerseits um Kompetenzfragen im föderalen Gefüge, aber auch um grundsätzliche Debatten zu den Aufgaben des Staates in der demokratischen Gesellschaft und die »Governance« der Kulturpolitik und ihrer ordnungspolitischen Ausrichtung zwischen Markt, Staat und Gesellschaft. Die konzeptbasierte Kulturpolitik gehört seitdem zu den geflügelten Worten des kulturpolitischen Diskurses. Der KuPoGe-Diskurs hatte in dieser Zeit eine starke Resonanz in der kulturpolitischen Öffentlichkeit, namentlich der Kommunal- und Länderkulturpolitik, was ihm auch eine gewisse Sicherheit verlieh.

Diese währte jedoch nicht lange, weil gesellschaftliche Krisen und Herausforderungen ihre Schatten vorauswarfen und eine diskursive Bearbeitung erforderten. So hatte die Weltwirtschaftskrise von 2007 bereits erste Risse in der westlich-spätmodernen kapitalistischen Weltordnung erkennbar werden lassen, und die Kritik der Globalisierung (Stichwort: »Welt ohne Halt«, Ralf Dahrendorf 2003) war deutlich zu vernehmen. Mit Blick auf die deutschen Verhältnisse war die Sorge um den erodierenden Zusammenhalt in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft und um die Bedingungen einer gelingenden Demokratie groß. Illustriert werden kann dies am Beispiel der »digitalen Revolution«, die im Rahmen des 6. Kulturpolitischen Bundeskongresses (2011) diskutiert wurde. Befürchtet wurde damals ein »Strukturwandel der Öffentlichkeit« und die Marginalisierung und Auflösung der bürgerlichen kulturellen Öffentlichkeit in einem »Schaumberge [...] zahlloser kleiner Bläschen« (Gerhard Schulze) ohne Zentrum und stilprägende und Zusammenhalt stiftende Relevanz. Wenige Jahre später wurde sogar konstatiert, dass die Digitalisierung ganz neue Voraussetzungen für die Kultur schaffe und letztlich zur »Auflösung des Allgemeinheitsanspruchs der Kultur« (Andreas Reckwitz) beitrage, der in der klassischen Moderne existierte. Dies rührte nicht nur an den Leitideen der bürgerlichen Kultur, sondern auch an der Legitimation einer darauf bezogenen Kulturpolitik. Heute wissen wir, wie berechtigt diese Sorge war und ist.

Kapitel 5: Kulturpolitik in der Polykrise

In der fünften und letzten in diesem Buch behandelten KuPoGe-Dekade (2016 – 2025) war die Kulturpolitische Gesellschaft wie nie zuvor mit gesellschaftlichen Krisen befasst. Aufgrund ihres Selbstverständnisses, dass Kulturpolitik auch Gesellschaftspolitik zu sein habe, war dies auch naheliegend. Themen und Anlässe gab es zuhauf. Einige standen bereits seit Jahren oder gar Jahrzehnten auf der KuPoGe-Diskursliste wie die Migrations- und Integrationsfrage, die Schwierigkeiten des deutschen Einigungsprozesses, die Klimakrise oder die Digitalisierung, die um den Aspekt der künstlichen Intelligenz erweitert wurde. Andere Themen kamen hinzu, z. B. der wachsende Populismus und der Rechtsruck in der Gesellschaft, Globalisierung und die Krise der Demokratie, die Corona-Pandemie und schließlich der Überfall Russlands auf die Ukraine sowie der Israel-Gaza-Krieg.

Die Fülle der mit der Polykrise verbundenen neuen Themen korrespondierte mit der enormen Dynamik und Brisanz der Geschehnisse, die in den gewohnten Diskursformaten und normativen Grundverständnissen kaum noch zu fassen waren. Es schien, als werde einem jahrzehntelangen Selbstverständnis spätmoderner Kulturpolitik der

Boden unter den Füßen weggerissen. Der breite Konsens bezogen auf ein liberal-pluralistisches und an den Werten der europäischen Aufklärung orientiertes Weltbild war – auch aufgrund identitätspolitischer und postkolonialistischer Interventionen – nicht mehr selbstverständlich. Es entstand rechts wie links des politischen Spektrums eine polarisierte politische Kultur, die sich zum Teil bewusst absetzte von den rationalen und auf Konsens zielenden Diskursstilen der »deliberativen Demokratie« (Jürgen Habermas). Teilweise nahmen die Auseinandersetzungen den Charakter eines Kulturkampfes an, in dem auch Vernunft- und Staatsverachtung in den unterschiedlichsten Formen eine Rolle spielten. Der Kulturbetrieb blieb davon nicht verschont.

Die Kulturpolitische Gesellschaft war nur am Rande von dieser Entwicklung betroffen. Es wuchs jedoch die Überzeugung, auf die krisenhafte Gesamtsituation mit einer neuen programmatischen Standortbestimmung reagieren zu müssen, weil auch einige Essentials der spätmodernen Neuen Kulturpolitik wie Individualisierung, Autonomie, aber auch Fortschritt und Wachstum betroffen waren. Wenn Individualisierung durch Übertreibung in »Hyperindividualisierung« (Andreas Reckwitz) umschlägt, Autonomie durch Überspitzung gegen die »Logik des Allgemeinen« (ders.) gerichtet ist, Fortschritt als Imperativ der Moderne die Kollateralschäden ignoriert und die »Verlustrealität« (ders.) nicht zur Kenntnis nehmen will, wenn Wachstum immer mehr zum Fetisch wird und falsch verstandene Partizipation und Prozessorientierung dazu führen, dass zielführende Entscheidungen und Ergebnisse (auch: Produkte) zu lange auf sich warten lassen, dann ist etwas aus dem Ruder gelaufen, das der Korrektur und Reparatur bedarf. Vielleicht brauchen wir eine neue Ethik der Kulturpolitik, die die alten Werte der Neuen Kulturpolitik in Kenntnis ihrer Veränderungen und Übertreibungen neu justiert und in Wert setzt. Dies könnte Teil einer »adaptiven Kulturpolitik« (Tobias J. Knoblich) sein, die sich auf die aktuellen System(ir)rationalitäten bezieht und nach angemessenen Lösungen sucht. Die angekündigte Programmdebatte der Kulturpolitischen Gesellschaft könnte dafür ein geeigneter Rahmen sein. Schön wäre es, wenn sie dabei von der hiermit vorgelegten Diskursgeschichte der Kulturpolitischen Gesellschaft profitieren könnte. Immerhin zeigt diese, dass es schon einmal gelungen ist, in einer gesellschaftlichen Umbruchphase einen Reformkompromiss zu formulieren.

Dank

Das vorliegende Jubiläumsbuch hätte nicht erscheinen können, wenn die Autor*innen nicht bereit gewesen wären, dafür Zeit und Engagement zu investieren. Für ihre Unterstützung bedanken wir uns sehr! Bedanken möchten wir uns auch bei Dr. Anette Nagel vom transcript-Verlag und Jörg Hausmann, dem langjährigen Mitarbeiter in KuPoGe und Institut, für ihre Lektorats- und Korrekturarbeiten. Ein besonderer Dank gilt dem Beauftragten der Bundesregierung (BKM) und der Olaf-Schwencke-Stiftung für ihre finanzielle Unterstützung!